

LIBYEN

„Die Höchststrafe wäre lebenslänglich“



Der Völkerrechtsprofessor Claus Kreß, 45, über ein mögliches Verfahren gegen den Gaddafi-Sohn Saif al-Islam vor dem Internationalen Strafgerichtshof (IStGH)

SPIEGEL: Saif al-Islam al-Gaddafi verhandelt gerade mit dem Gericht über seine Auslieferung. Was erwartet ihn in Den Haag?

Kreß: Ein mehrjähriges Strafverfahren wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit nach einem Völkerstrafprozessrecht, das eigens für den IStGH geschrieben wurde. Die Höchststrafe wäre eine lebenslängliche Freiheitsstrafe.

SPIEGEL: Libyen will ihn aber lieber selbst verurteilen. Wer ist verantwortlich für den Diktatorensohn, sein Heimatland oder der IStGH?

Kreß: Bei der Gründung des Gerichts haben die Staaten entschieden, dass die nationale Strafverfolgung grundsätzlich Vorrang hat. Das Herzstück staatlicher Souveränität geben die Staaten nicht gern her. Allerdings ist das Verfahren vor dem IStGH bereits ziemlich weit. Und ab einem gewissen Stadium bleibt der Fall beim internationalen Gericht.

SPIEGEL: Wäre Libyen, angesichts der Bilder von der Tötung Gaddafis, überhaupt ein faires Verfahren zuzutrauen?

Kreß: Damit das Land den Fall bekommt,

müsste es fähig sein, über Gaddafi junior zu

richten. Die Libyer wollen der Welt beweisen, dass sie ihre Verbrecher selbst verurteilen können. Ob sie aber in der Lage sind, nach diesem blutigen Bürgerkrieg quasi über Nacht auch ein so umfangreiches Verfahren zu führen, muss eine Kammer des IStGH entscheiden. Die neue libysche Regierung könnte so klug sein und sich helfen lassen, so wie es der Irak bei Saddam Hussein getan hat.



PAUL HACKETT / REUTERS

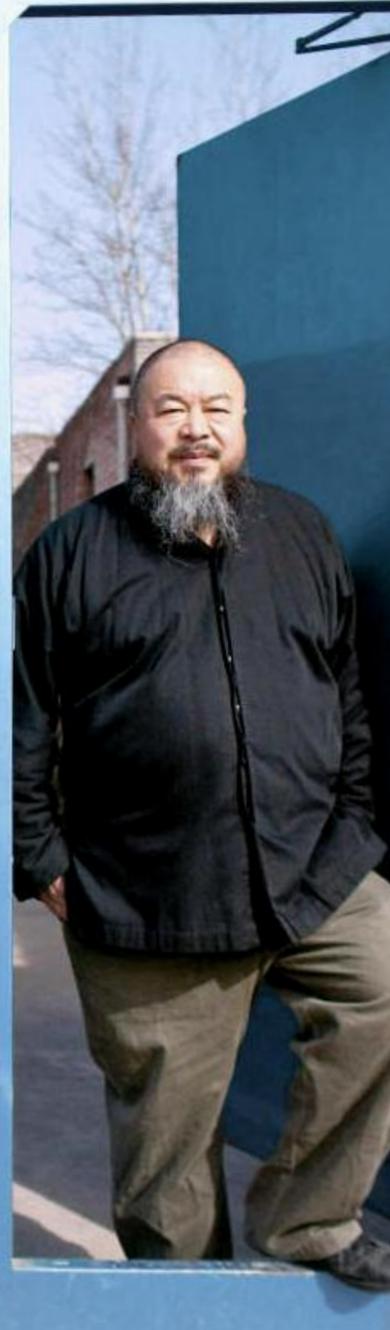
Saif al-Islam

CHINA

Alle für einen

Im chinesischen Internet formiert sich Unterstützung für den regimekritischen Künstler Ai Weiwei. Nachdem die Behörden vergangene Woche von Ai eine Steuernachzahlung von rund 1,7 Millionen Euro gefordert hatten, überweisen User der Mikroblog-Seite Sina Weibo jetzt Geld für ihn. Ai selbst sagte gegenüber dem SPIEGEL: „Es heißt immer, dass die Leute sich nicht beteiligen oder ihre Stimme erheben. Aber das ist nicht wahr. Sie wissen oft nur nicht, wie sie es tun können.“ Er sei „sehr aufgeregt“, denn jetzt hätten seine Unterstützer einen Weg gefunden. „Hoffe, unsere kleine Anstrengung verhilft dir zu einem großen Sieg“, schrieb einer und gab 1000 Yuan (114 Euro). „Jahrelang habe ich Geld für streunende Tiere gespendet, du bist der einzige Mensch, der es bekommt“, schrieb ein anderer. Ai ließ wissen, dass man später alles zurückzahlen wolle. Mal sind es 152, mal 1512 Yuan, die Ais Fans überweisen, den Beleg stellen sie gleich mit ins Internet. Das sei wirklich beschämend für den Staat, sagt Ai. „Ich hoffe, die sehen sich das an. Die wollten meinen Ruf ruinieren. Aber die Menschen wissen, wer hier der Kriminelle ist. Sie wissen, wer da trickst.“ Er habe jetzt vor, das Haus seiner Mutter als Pfand zu benutzen und vor Gericht zu ziehen. Ai glaubt, dass die Behörden sich auch für seinen Artikel im Magazin „Newsweek“ rächen wollen. Man habe ihm gedroht, dass er beim nächsten Mal nicht mehr so glimpflich davonkomme. Der Wunsch einer seiner Blogger-Fans lautet: „Bitte iss gut und schlaf gut. Lass dich von denen nicht dünn machen.“

SHIHO FUKADA / THE NEW YORK TIMES / LAIF



SCHWEDEN

Schnelles Verfahren

Nach der Entscheidung des britischen High Court, die Berufung von WikiLeaks-Gründer Julian Assange gegen seine Auslieferung nach Schweden abzulehnen, rechnen schwedische Rechtsexperten mit einem schnellen Fortgang des Verfahrens. Sven-Erik Alhem, ehemals Oberstaatsanwalt in Stockholm und Malmö, geht davon aus, dass nach einer Auslieferung und

Befragung Assanges durch die Staatsanwaltschaft in Göteborg in „wenigen Wochen“ feststehen werde, ob Anklage gegen ihn erhoben wird. Anders als in Großbritannien, wo er gegen Kautions auf freiem Fuß ist, würde er in Schweden wohl in Untersuchungshaft sitzen. Zwei Schwedinnen werfen dem Chef der Enthüllungsplattform sexuelle Belästigung und in einem Fall Vergewaltigung vor, Assange bestreitet beides. Alhem, der das Verhalten seiner ehemaligen Kollegen in dem Fall scharf kritisiert hat, hält es „durchaus für

THAILAND

Tödliche Kugel vom Dach

Eine Autopsie des vor eineinhalb Jahren in Bangkok getöteten italienischen Fotografen Fabio Polenghi bestätigt, was bisher bloß Befürchtung war. Der flüchtende Fotograf, der auch für den SPIEGEL gearbeitet hatte, starb während der sogenannten Rot-hemden-Proteste im Mai 2010 durch eine Kugel, die ihn im Rücken traf. Sie zerfetzte Herz, Lunge und Leber. Die Schwester des Toten, Elisabetta Polenghi, ist sich sicher, dass es eine Armeekugel war, die ihren Bruder tötete. Seit dessen Tod recherchiert sie, gemeinsam mit dem kanadischen Anwalt Robert Amsterdam, was an diesem 19. Mai in Bangkok passierte. „Wir haben Aussagen von Zeugen aus der Armee, dass gezielt auf Journalisten geschossen werden sollte“, sagt Amsterdam. Es gab wohl auch die Order, deren Material zu beschlagnahmen: Noch während Polenghi im Sterben lag, wurde ihm seine Kamera entwendet. Die Szene wurde von anderen Fotografen festgehalten. Amsterdam verlangt nun, dass der Fall von der Polizei untersucht wird. Die Befehle für den Kampf gegen die meist unbewaffneten

Oppositionellen kamen, das belegen nun neu aufgetauchte Dokumente, von Verantwortlichen aus Armee und Politik. Denn an jenem Maitag, so geht aus den Papieren hervor, postierte die Armeeführung Scharfschützen auf „allen hohen Gebäuden im Bereich Lumphini-Park“. Nachzulesen ist da auch, dass der „Gebrauch von Waffen, um sich zu schützen und den Frieden zu erhalten“ explizit erlaubt wird. Entsprechende Befehle tragen nicht nur die Unterschrift des damaligen Armeechefs Anupong Paochinda, sondern auch die des damals stellvertretenden Premiers.



Erschossener Fotograf Polenghi

Künstler Ai

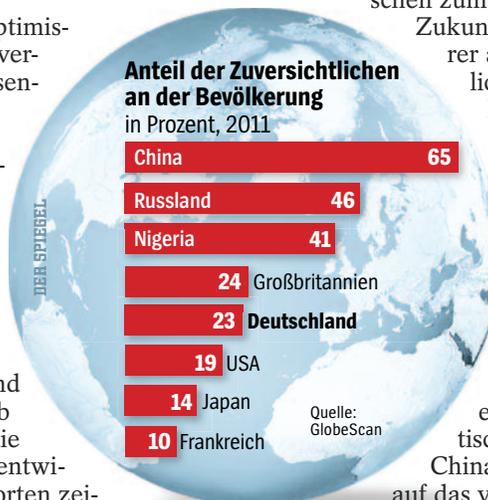
STATISTIK

Traurige reiche Welt

Wo bleiben Optimismus und Zuversicht in diesen krisengeschüttelten Zeiten? Das kanadische Umfrageinstitut GlobeScan hat zwischen Juli und September dieses Jahres versucht, genau das zu ermitteln. Mehr als 25 000 Menschen aus 25 Ländern sind befragt worden, ob „sich die Welt in die richtige Richtung entwickelt“. Ihre Antworten zei-

gen: Japaner, Amerikaner und Franzosen, der reiche Teil der Welt also, sind besonders pessimistisch. Die Deutschen zum Beispiel sehen ihre

Zukunft um einiges düsterer als die wirtschaftlich viel schwächeren Philippiner. Es mutet merkwürdig an, aber am zuversichtlichsten ist man laut Umfrage in Entwicklungs- und Schwellenländern: Im Unruhestaat Nigeria etwa ist die Bevölkerung erstaunlich optimistisch; auch in Russland, China und Indien wird auf das vertraut, was kommt.



möglich“, dass sich die zuständige Staatsanwältin Marianne Ny nach der Anhörung gegen eine Anklage entscheidet. Falls es doch zur Anklage kommt, würden Alhem zufolge nur wenige Wochen bis zum Prozess vergehen. Wegen Vergewaltigung drohen Assange mindestens zwei Jahre Haft. Seine Anwälte haben noch bis Mitte kommender Woche Zeit, über eine weitere, dann letztinstanzliche Berufung zu entscheiden. Um damit erfolgreich zu sein, müssten sie die große öffentliche Bedeutung des Falles nachweisen.